Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 17. Juni 2025
Ausgabe 113
ru.muenchen.de
Als Newsletter oder Push-Nachricht unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› MünchenBudget 2025: Jetzt abstimmen! 4
› Podiumsdiskussion „Antimuslimischer Rassismus als demokratische Herausforderung. Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis“ 5
› Kitaplätze gesichert: Neuer Betriebsträger übernimmt die Kindertageseinrichtung in der Marianne-Hoppe-Straße 6
› Stadt setzt ein Erinnerungszeichen für NS-Opfer Anna Riedner 7
› Stadtbibliothek Allach-Untermenzing öffnet wieder am 24. Juni 7
› Tag der offenen Gartentür: Zu Besuch in privaten Gärten 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **10**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise für Medien

Wiederholung
Mittwoch, 18. Juni, 15 Uhr, Jüdisches Gemeindezentrum, St.-Jakobs-Platz 18
Zum Gedenken an elf jüdische Münchner NS-Opfer setzt die Stadt Erinnerungszeichen im Glockenbachviertel.
Im Rahmen einer Gedenkveranstaltung sprechen Stadtrat Stefan Jagel (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Ehrenbürgerin Dr. h.c. mult. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Angehörige der verfolgten Familien Schindler, Steinberg, Blumenberg und Mandel, Professor Dr. Stefan Wimmer von der Bayerischen Staatsbibliothek München sowie Benoît Blaser, Vorsitzender des Bezirksausschusses Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt.
Im Anschluss ab 16.30 Uhr werden die Erinnerungszeichen an den ehemaligen Wohnorten der Familien in der Buttermelcherstraße 14 und Westermühlstraße 37 angebracht.
Achtung Redaktionen: Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist nur nach vorheriger Akkreditierung per E-Mail an erinnerungszeichen@muenchen.de möglich.
Pressekontakt: moritz.kienast@muenchen.de, Telefon 233-21647

Freitag, 20. Juni, 15 Uhr, Rathaus, Marienplatz
Achtung: Termin hat sich auf 15 Uhr verschoben!
Anlässlich der Pride Weeks und des Christopher Street Days wird das Münchner Rathaus ab Freitag, 20. bis Sonntag, 29. Juni beflaggt. Bürgermeister Dominik Krause wird die Regenbogenfahnen am Rathaus hissen.
Achtung Redaktionen: Der Termin ist für Fotografen geeignet.

Samstag, 21. Juni, 14 Uhr, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1b
Die Stadt gedenkt Anna Riedner und setzt anschließend ein Erinnerungszeichen an ihrem ehemaligen Wohnort in der Herzogstraße 55.
Riedner war „Euthanasie"-Opfer im Nationalsozialismus. Zu ihrem Gedenken sprechen Stadtrat Stefan Jagel (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Historikerin Dr. Sibylle von Tiedemann, Isabella Ruhland für die Familie und Thomas Rock vom Bezirksausschuss 4 (Schwabing-West).
Achtung Redaktionen: Um eine Anmeldung per E-Mail an erinnerungszeichen@muenchen.de wird gebeten.
Pressekontakt: moritz.kienast@muenchen.de, Telefon 233-21647.
(Siehe auch unter Meldungen)

Dienstag, 24. Juni, 19 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Podiumsdiskussion „Antimuslimischer Rassismus als demokratische Herausforderung. Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis“ der städtischen Fachstelle für Demokratie anlässlich des Internationalen Tag gegen antimuslimischen Rassismus. Es diskutieren Birte Freer (CLAIM Allianz), Bettina Mehić (Gymnasiallehrerin und Aktivistin) und Özcan Karadeniz (Expertenkreis Muslimfeindlichkeit, DeZIM-Institut). Mit einem Grußwort von Dr. Miriam Heigl, Leiterin der Fachstelle für Demokratie. Die Moderation übernimmt die Journalistin Nabila Abdel Aziz.
Achtung Redaktionen: Die Fachstelle für Demokratie bittet um Akkreditierung per E-Mail an fachstelle@muenchen.de. Bei der Veranstaltung sind Video-, Ton- und Fotoaufnahmen untersagt.
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 24. Juni, 19.30 Uhr, Sozialbürgerhaus, Sitzungssaal, Meindlstraße 14 (Zugang ist rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 7 (Sendling-Westpark).

Dienstag, 24. Juni, 19 Uhr, Kultur im Trafo, Saal, Nymphenburger Straße 171a (Zugang ist rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen-Nymphenburg). Auf der Tagesordnung stehen auch Bürgerfragen.

Dienstag, 24. Juni, 19 Uhr, Städtische Ludwig-Thoma-Realschule, Mensa, Fehwiesenstraße 118 (Zugang ist rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 14 (Berg am Laim).

Dienstag, 24. Juni, 19.30 Uhr, Gaststätte „Harlachinger Einkehr“, Karolingerallee 34 (Zugang ist rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 18 (Untergiesing-Harlaching). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** statt.

Dienstag, 24. Juni, 19 Uhr, Mensa der Grundschule, Waldmeisterstraße 38 (Zugang ist rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 24 (Feldmoching-Hasenbergl). Auf der Tagesordnung stehen auch Bürgerfragen.

Meldungen

MünchenBudget 2025: Jetzt abstimmen!
(17.6.2025) Ab sofort können bis 30. Juni alle Münchner*innen über die gesammelten Ideen für das MünchenBudget 2025 abstimmen.
Von 1. Mai bis 9. Juni wurden Ideen für ein besseres München gesammelt. Dabei kamen über 1.000 kreative und innovative Vorschläge zusammen. Von Festen und Aktionstagen über Bildungspfade und Sportangebote ist alles dabei.
Alle eingegangenen Ideen wurden von der Verwaltung anhand vorab festgelegter Kriterien überprüft.
Nun können alle Münchner*innen von 17. bis 30. Juni aus den konformen Vorschlägen ihre Favoriten auswählen: Die Teilnehmenden können ihre Lieblingsideen mit je einer Stimme unterstützen. Diese Abstimmung findet auf der Seite *unser.muenchen.de/muenchenbudget2025* statt. Teilnehmen darf jede*r ab 14 Jahren mit Wohnsitz in München.

Wie geht es weiter?
Die 20 Vorschläge mit den meisten Stimmen gehen in die Prüfung durch die Fachreferate: Diese prüfen die Vorschläge auf Umsetzbarkeit und erarbeiten pro Vorschlag eine Kostenschätzung. Von 15. bis 30. Oktober können alle Münchner*innen dann abstimmen, welche dieser Vorschläge mit dem MünchenBudget umgesetzt werden sollen.
Was ist das MünchenBudget?
In diesem Jahr stellt die Landeshauptstadt München mit dem MünchenBudget erstmals eine Million Euro für die Umsetzung der beliebtesten Vorschläge aus der Bevölkerung zur Verfügung. Mitmachen können alle Münchner*innen, die mindestens 14 Jahre alt sind.

Das Projekt findet auf der gesamtstädtischen Online-Beteiligungsplattform unter *unser.muenchen.de/muenchenbudget2025* statt.
Weitere Informationen zum Projekt finden sich auf *unser.muenchen.de/muenchenbudget2025*. Für Fragen steht die Fachstelle für Öffentlichkeitsbeteiligung und Partizipation gerne per E-Mail an budget@muenchen.de zur Verfügung.

Podiumsdiskussion „Antimuslimischer Rassismus als demokratische Herausforderung. Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis“
(17.6.2025) Die städtische Fachstelle für Demokratie lädt am Dienstag, 24. Juni, um 19 Uhr zu einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Antimuslimischer Rassismus als demokratische Herausforderung. Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis“ ein. Die Veranstaltung findet anlässlich des Internationalen Tags gegen Antimuslimischen Rassismus, der jedes Jahr am 1. Juli begangen wird, im Großen Sitzungssaal des Rathauses statt.
Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis diskutieren an diesem Abend antimuslimischen Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen, das eine Gefahr für das demokratische Miteinander darstellt. Was hat sich getan – zwei Jahre nach der Veröffentlichung der Bestandsaufnahme der Unabhängigen Expertenkommission Muslimfeindlichkeit? Welche Konsequenzen hat antimuslimischer Rassismus für Gesellschaft und Demokratie? Warum bleiben säkulare, feministische und vielfältige muslimische Stimmen oft ungehört? Und: Was braucht es für einen echten gesellschaftlichen Wandel?
Diese und weitere Fragen diskutieren Birte Freer (CLAIM Allianz), Bettina Mehić (Gymnasiallehrerin und Aktivistin) und Özcan Karadeniz (Expertenkreis Muslimfeindlichkeit; DeZIM-Institut). Mit einem Grußwort von Dr. Miriam Heigl, Leiterin der Fachstelle für Demokratie. Die Moderation übernimmt die Journalistin Nabila Abdel Aziz.
Aufgrund der begrenzten Platzzahl ist eine namentliche Anmeldung bis zum 24. Juni, 14 Uhr, per E-Mail an fachstelle@muenchen.de erforderlich. Die Veranstaltung ist barrierefrei.
Es gilt folgender Einlassvorbehalt: Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch antisemitische, nationalistische, rassistische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, sind von der Veranstaltung ausgeschlossen.
(Siehe auch unter Terminhinweise)

Kitaplätze gesichert: Neuer Betriebsträger übernimmt die Kindertageseinrichtung in der Marianne-Hoppe-Straße

(17.6.2025) Das Referat für Bildung und Sport hat einen neuen Betriebsträger für das Haus für Kinder in der Marianne-Hoppe-Straße 5 in Lochhausen gefunden. Nachdem der bisherige Träger, der insolvente Verein Hilfe von Mensch zu Mensch, den Betrieb der Einrichtung nur bis zum 30. Juni sicherstellen kann, übernimmt der Träger Isarkinder München e.V. das Haus für Kinder zum 1. Juli. Bei Betriebsträger-Einrichtungen überlässt die Landeshauptstadt München nach einem Auswahlverfahren einem freigemeinnützigen oder sonstigen Träger eine städtische Immobilie mietfrei zum Betrieb einer Kindertageseinrichtung.

In einem kurzfristig in die Wege geleiteten Auswahlverfahren, mit dem Ziel, mit einem neuen Träger den Betrieb der Kindertageseinrichtung in der Marianne-Hoppe-Straße übergangslos ab dem 1. Juli fortzuführen, erhielt der Träger Isarkinder München e.V. den Zuschlag. Durch seine Vorständinnen verfügt der Verein bereits über Erfahrung in der Leitung und Trägerschaft, ebenso wie in der Übernahme von Einrichtungen. Zudem hatte sich der Träger bereits mit der konzeptionellen Ausrichtung der Kindertageseinrichtung auseinandergesetzt. Isarkinder München e.V. sicherte einen übergangslosen Weiterbetrieb zu und nahm sofort Kontakt zu allen Beteiligten auf – Leitung, Personal, Eltern und Kindern. Bei einem Informationsabend am gestrigen Montag zeigten sich die Eltern erleichtert, dass die Einrichtung nahtlos weitergeführt wird.

Bürgermeisterin Verena Dietl: „Ich freue mich sehr, dass die Landeshauptstadt München nach der Insolvenz des Vereins Hilfe von Mensch zu Mensch e.V. einen neuen Träger gefunden hat, der die Kindertageseinrichtung Marianne-Hoppe-Straße kurzfristig übernimmt und verantwortungsvoll weiterführt. Für die betroffenen Familien und ihre Kinder ist das eine große Erleichterung."

Stadtschulrat Florian Kraus: „Die Landeshauptstadt München ist ihrer Verantwortung gerecht geworden: Die in Lochhausen dringend benötigten Betreuungsplätze bleiben erhalten. Wir haben Isarkinder München e.V. als sehr zuverlässigen Träger kennengelernt, der sich sehr um die Bedürfnisse von Kindern, Eltern und des Personals bemüht. Ich bin daher sicher, dass alle an diesem Bildungsort weiterhin viel Freude haben werden."

Vorständinnen Isarkinder e.V. Margit Werler und Martina von Drewitz: „Mit großer Freude übernehmen wir die Kita in der Marianne-Hoppe-Straße. Gemeinsam mit dem engagierten Team vor Ort setzen wir uns dafür ein, dass sie ein lebendiger, inklusiver Ort für alle Kinder bleibt – unabhängig von Herkunft, Fähigkeiten oder familiären Hintergründen. Unser Ziel ist es, jedes Kind individuell zu stärken und in seiner Entwicklung zu begleiten. Wir danken der Landeshauptstadt München für das Vertrauen und die gute

Zusammenarbeit. Gemeinsam schaffen wir Kontinuität und neue Perspektiven für Kinder, Familien und Mitarbeitende."

Stadt setzt ein Erinnerungszeichen für NS-Opfer Anna Riedner
(17.6.2025) Am Samstag, 21. Juni, um 14 Uhr wird in der Seidlvilla am Nikolaiplatz 1b eine Gedenkveranstaltung für Anna Riedner abgehalten.
Riedner lebte seit 1912 mit ihren Geschwistern in der Herzogstraße 55. Im Juli 1939 hörte sie auf zu essen und hatte übersteigerte religiöse Ideen. Ihre Schwestern willigten ein, sie in der Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar unterzubringen, wo sie bereits Ende der 1920er Jahre behandelt worden war. Hier hatte sich die Versorgung der Patient*innen seit dem Machtantritt der Nationalsozialisten stark verschlechtert. Diejenigen, die als nicht arbeits- und therapiefähig galten, bekamen weniger und schlechteres Essen. Anna Riedner starb am 15. Juni 1941 aufgrund dieser gezielten Mangelversorgung.
Im Rahmen einer Gedenkveranstaltung spricht Stadtrat Stefan Jagel (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion) in Vertretung des Oberbürgermeisters. Weitere Reden halten Historikerin Dr. Sibylle von Tiedemann, sowie Isabella Ruhland für die Familie und Thomas Rock vom Bezirksausschuss 4 (Schwabing-West). Das Gedenken wird musikalisch begleitet von Dr. Eva Tyrell am Cello und Dr. Johannes Trägner-Born am Klavier. Im Anschluss wird ein Erinnerungszeichen in der Herzogstraße 55 gesetzt, wo Riedner lebte.
Erinnerungszeichen werden seit 2018 an Orten angebracht, an denen Menschen lebten, die von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet wurden. Sie bestehen aus gebürstetem Edelstahl und sind vergoldet. Weitere Informationen sind unter *www.erinnerungszeichen.de* und *www.map.erinnerungszeichen.de* zu finden.
(Siehe auch unter Terminhinweise)

Stadtbibliothek Allach-Untermenzing öffnet wieder am 24. Juni
(17.6.2025) Die Stadtbibliothek Allach-Untermenzing in der Pfarrer-Grimm-Straße öffnet am Dienstag, 24. Juni, um 10 Uhr wieder ihre Türen.
Die Bibliothek in der Pfarrer-Grimm-Straße war seit 9. Juli 2024 wegen eines Wasserschadens geschlossen. Die Büroräume des Personals waren so stark beschädigt, dass sie komplett neu aufgebaut werden mussten.
„Wir freuen uns riesig, dass die Stadtbibliothek Allach-Untermenzing ihre Türen bald wieder öffnet und wir unsere Besucher*innen herzlich willkommen heißen dürfen", sagt Bettina Schönfeldt, stellvertretende Leiterin der Bibliothek. „Gerade in einem Stadtteil wie unserem, am Rand von München, ist die Bibliothek ein unverzichtbarer Treffpunkt – ein Ort des Lernens, des Austauschs und der Inspiration. Umso schöner ist es, dass

dieser bedeutende Raum für die Gemeinschaft nun wieder allen zur Verfügung steht."
Ab dem 24. Juni sind Lesefreund*innen, Kulturliebhaber*innen und Neugierige herzlich eingeladen, das vielfältige Angebot der Bibliothek wieder zu nutzen.
Bücher, Zeitschriften, Filme, Spiele und mehr stehen nun wieder für die Bürger*innen aus Allach-Untermenzing bereit. Erwachsene finden Romane und Krimis jetzt im vorderen Bereich der Bibliothek.
Weiter hinten wurde ein Arbeitsbereich eingerichtet, der teilweise mit Stellwänden abgetrennt und mit zusätzlichen Steckdosen ausgestattet ist. Wie bisher gibt es auch wieder kostenloses WLAN sowie PCs zum Arbeiten.
Auch die Zusammenarbeit mit anliegenden Schulen aus Allach-Untermenzing in Form von Lesungen oder Führungen durch die Bibliothek wird fortgeführt.
Zur Wiedereröffnung wird dieser Standort der Münchner Stadtbibliothek zu einer bargeldlosen Bibliothek. Vor Ort ist nur noch eine Zahlung mit Karte möglich. Mehr Infos dazu gibt es unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/gebuehren*.
Achtung Redaktionen: Pressekontakt: E-Mail stb.presse@muenchen.de und Telefon 01525-7985222.

Tag der offenen Gartentür: Zu Besuch in privaten Gärten
(17.6.2025) Am Sonntag, 29. Juni, 10 bis 17 Uhr, können interessierte Besucher*innen sich für ihre Gartengestaltung inspirieren lassen: Unterschiedliche Gärten in und um München öffnen ihre Tür – vom kleinen Gemüsegarten bis zur großen, nach ökologischen Gesichtspunkten gestalteten Außenanlage einer Wohnbebauung. Unter den gezeigten Gärten im Stadtgebiet München sind einige der diesjährigen Preisträger*innen des Wettbewerbs „Mehr Grün für München", den das Referat für Klima- und Umweltschutz der Landeshauptstadt München veranstaltet. Einige der Gärten führen die Auszeichnung „Naturgärten – Bayern blüht", die der Landesverband für Gartenbau und Landespflege vergibt.
Eine Übersicht über die teilnehmenden Gärten finden sich online unter *www.tag-der-offenen-gartentuer-oberbayern.de*.
Alle Besucher*innen werden gebeten, sich in den Gärten rücksichtsvoll zu verhalten und die angegebenen Öffnungszeiten zu beachten.
Die Veranstaltung findet bei jedem Wetter statt und wird organisiert vom Bezirksverband Oberbayern für Gartenbau und Landespflege e.V. in Kooperation mit den örtlichen Gartenbauvereinen, dem Referat für Klima- und Umweltschutz der Stadt München und dem Landratsamt München. Der Eintritt ist kostenlos.

Das Ökologische Bildungszentrum ÖBZ in der Englschalkinger Straße öffnet seine Pforten bereits am letzten Tag der Pfingstferien, am Sonntag, 22. Juni.
Informationen zum Wettbewerb „Mehr Grün für München“, den das Referat für Klima- und Umweltschutz durchführt, und alle dieses Jahr prämierten Anlagen finden sich unter *muenchen.de/wettbewerb-mehr-gruen*.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 17. Juni 2025

Verbeamtung bei der Landeshauptstadt München
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann und Rudolf Schabl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 6.2.2025

Nutzung von illegalen Substanzen bei suchterkrankten Menschen in München
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion) vom 28.2.2025

Verbeamtung bei der Landeshauptstadt München
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann und Rudolf Schabl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 6.2.2025

Antwort Personal- und Organisationsreferent Andreas Mickisch:

Auf Ihre Anfrage vom 6.2.2025 nehme ich Bezug. Sie haben folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:
Die Landeshauptstadt München ist die größte kommunale Arbeitgeberin in Deutschland.
Um für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter attraktiv zu bleiben, müssen Chancen zur Entwicklung gegeben werden. Eine Möglichkeit stellt die Verbeamtung von Angestellten dar.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Werden Wünsche einer/eines Angestellten nach einer Verbeamtung seitens der LHM unterstützt?

Antwort:
Grundsätzlich ja – die Landeshauptstadt München unterstützt den Wunsch nach einer Verbeamtung, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, ein dienstliches Erfordernis vorliegt und die persönliche Eignung gegeben ist.

Für Bewerber*innen, die durch einen Vorbereitungsdienst und eine Qualifikationsprüfung die Laufbahnbefähigung erworben haben, ist die Übernahme in das Beamtenverhältnis bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen gängige Praxis. Dies gilt insbesondere im Lehrdienst, der aufgrund der gesetzlich verpflichtenden Schulversorgung traditionell dem Berufsbeamtentum zugeordnet ist. Eine Verbeamtung erfolgt hier regelmäßig bei vollem Bedarf, entsprechender Qualifikation und gesundheitlicher Eignung.
Auch für tariflich Beschäftigte besteht unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit einer Verbeamtung im Rahmen des sogenannten „sonstigen Qualifikationserwerbs“ gemäß Art. 38 ff. Leistungslaufbahngesetz (LlbG). Dabei ist u.a. ein abgeschlossenes, fachlich geeignetes Hochschulstudium, einschlägige Berufserfahrung – davon mindestens ein Jahr im öffentlichen Dienst – sowie das Vorliegen eines dienstlichen Erfordernisses erforderlich. Die Verbeamtung auf diesem Weg stellt jedoch eine begrün-

dungsbedürftige Ausnahme dar, da sie vom gesetzlichen Regelfall (Vorbereitungsdienst + Qualifikationsprüfung) abweicht.
Ergänzend ist zu beachten, dass gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) eine Verbeamtung grundsätzlich nur bis zur Vollendung des 45. Lebensjahres möglich ist. Diese Altersgrenze gilt auch im Rahmen des sonstigen Qualifikationserwerbs und schließt eine Verbeamtung älterer Bewerber*innen in der Regel aus – es sei denn, gesetzlich vorgesehene Ausnahmen greifen, z.B. im Rahmen bestimmter Quereinsteigerprogramme oder bei besonderem dienstlichem Erfordernis. Ein Rechtsanspruch auf Übernahme in ein Beamtenverhältnis besteht nicht. Anfragen werden durch die zuständigen Stellen individuell geprüft und bei Vorliegen der Voraussetzungen im Rahmen verfügbarer Kapazitäten umfassend beraten.
Unabhängig vom jeweiligen Bereich gilt: Die Landeshauptstadt München erkennt die Verbeamtung als mögliches Instrument zur Mitarbeiterbindung und Personalgewinnung an. Die Motivation interessierter Beschäftigter liegt dabei vor allem in der Versorgungssicherheit, der Beihilfeberechtigung und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – weniger in der gezielten Karriereplanung. Beratungen erfolgen je nach Zuständigkeit (z.B. durch POR-3/23 im Verwaltungsbereich oder das RBS im Lehrdienst) ausführlich und einzelfallbezogen.

Frage 2:
Wie lange dauert der Prozess einer Verbeamtung einer/eines Angestellten?

Antwort:
Die Dauer des Verbeamtungsprozesses ist stark vom Einzelfall abhängig und variiert je nach rechtlicher Ausgangslage, fachlicher Eignung und organisatorischem Aufwand erheblich.
In klaren Fällen – etwa bei Lehrkräften mit anerkannter Lehramtsbefähigung und gegebenem Bedarf – kann eine Verbeamtung innerhalb von etwa vier Wochen erfolgen. Verzögerungen können insbesondere durch Wartezeiten bei der amtsärztlichen Untersuchung oder dem Einholen notwendiger Nachweise entstehen.
Deutlich aufwändiger gestaltet sich das Verfahren bei tarifbeschäftigten Mitarbeitenden, die über den sogenannten „sonstigen Qualifikationserwerb“ in das Beamtenverhältnis wechseln möchten. Hier ist zunächst eine umfassende Einzelfallprüfung erforderlich, bei der beamtenrechtliche Voraussetzungen (z.B. gesundheitliche Eignung, berufliche Qualifikation, dienstliches Erfordernis) sowie finanzielle Auswirkungen im Detail geprüft werden. Neben der Zuordnung zu Besoldungsgruppe und-stufe wird eine

individuelle Netto-Berechnung erstellt und zu Beihilfe, Versorgung und Laufbahnperspektiven beraten.
Nicht selten nehmen Interessierte nach dem Beratungsgespräch zunächst eine Bedenkzeit in Anspruch. Wird der Antrag anschließend aufrechterhalten, beginnt der formale Teil des Verfahrens, u.a. mit amtsärztlicher Untersuchung, Führungszeugnis und Beteiligung weiterer Stellen (z.B. Landespersonalausschuss).
Je nach Ausgangslage, interner Kapazität und Mitwirkung der antragstellenden Person kann sich das Verfahren dadurch über mehrere Monate erstrecken – im Regelfall zwischen zwei und sechs Monaten, in komplexeren Fällen auch länger, insbesondere bei notwendigem „Defizitausgleich" im Lehrdienst.
Angesichts begrenzter personeller Ressourcen und zunehmender Komplexität erfolgt die Bearbeitung nachrangig zu den Pflichtaufgaben der Betreuung des vorhandenen Beamtenstamms. Eine pauschale Aussage zur Bearbeitungsdauer ist daher nicht möglich.

Frage 3:
Wie viele Anträge zur Verbeamtung wurden von Angestellten gestellt?

Antwort:
Eine zentrale statistische Erfassung der Anträge auf Verbeamtung liegt nicht vor. Viele Beschäftigte stellen zunächst unverbindliche Beratungsanfragen, die nicht immer in einen formellen Antrag münden. Eine genaue Zahl kann daher nicht beziffert werden.
Aus den vorliegenden Rückmeldungen ergibt sich, dass die Anzahl der formellen Anträge insgesamt gering ist. Im Lehrdienst beispielsweise ist die Verbeamtung der Regelfall – dort werden nur vereinzelt Anträge durch tarifbeschäftigte Lehrkräfte gestellt, meist im Zusammenhang mit der Klärung gesundheitlicher Voraussetzungen. Nach Einschätzung der Fachbereiche liegt die Zahl entsprechender Anträge im Lehrdienst seit 2020 im unteren einstelligen Bereich.
Einzelne Dienststellen meldeten konkrete Fallzahlen: So wurden in der Münchner Stadtentwässerung und der Branddirektion jeweils vier Anträge auf Verbeamtung im Zeitraum 2020 bis 2024 gestellt.
Insgesamt zeigt sich, dass formelle Anträge auf Verbeamtung derzeit die Ausnahme und fast ausschließlich einzelfallbezogen sind.

Frage 4:
Wie viele Verbeamtungen von Angestellten konnten in den letzten Jahren umgesetzt werden?

Antwort:
Im Zeitraum 2020 bis 2024 wurden insgesamt 166 Tarifbeschäftigte der Landeshauptstadt München im Rahmen des sogenannten „sonstigen Qualifikationserwerbs“ in ein Beamtenverhältnis übernommen. Regelbewerber*innen, die über einen Vorbereitungsdienst und eine Qualifikationsprüfung in das Beamtenverhältnis eintreten, sind in dieser Zahl nicht enthalten.
Die Verbeamtungen verteilten sich auf zahlreiche Referate, wobei die meisten Übernahmen im Sozialreferat (55), im Personal- und Organisationsreferat (10), bei IT@M (8) sowie im Referat für Bildung und Sport (9) erfolgten. Zusätzlich wurden im selben Zeitraum 162 tarifbeschäftigte Lehrkräfte verbeamtet.
Die Münchner Stadtentwässerung (MSE) meldete darüber hinaus drei Verbeamtungen im betrachteten Zeitraum.
Eine detaillierte Aufschlüsselung der in den Jahren 2020 bis 2024 durchgeführten Verbeamtungen – nach Referaten und Fachrichtungen – entnehmen Sie bitte den folgenden Tabellen:

Nach Referaten:

	2020	2021	2022	2023	2024	Summe
AWM		1	1			**2**
BAU		1		1		**2**
DIR				3	4	**7**
GSR			1			**1**
IT@M	1	1	2	2	2	**8**
KR	1					**1**
KULT						**0**
KVR	1	2	1	2		**6**
MOR		2				**2**
PLAN	2					**2**
POR	4	1	3		2	**10**
RAW		1				**1**
RBS	4	1		3	1	**9**
RKU			1		1	**2**
SKA			1		2	**3**
SOZ	24	9	8	9	5	**55**
Summe	**37**	**19**	**18**	**20**	**17**	**111**

Darin enthalten sind folgende Fachrichtungen:

Verwaltungsdienst	50
Technischer Dienst	14
Sozialdienst	42
Informationstechnologie	5
Summe	111

In der folgenden Tabelle sind ergänzend Spezialkonstellationen in einzelnen Bereichen, mit einem speziellen Weg vom Tarifbeschäftigtenverhältnis in das Beamtenverhältnis und/oder mit eigenen (Fach-)Verordnungen abgebildet.

	2020	2021	2022	2023	2024	Summe	
GSR	3	1	1			5	Gesundheitsdienst/Amtsärzt*innen
KVR	7	3	2	6	4	22	Amtstierärzt*innen/ Lebensmittelüberwacher*innen
RBS	8	5	9	3	3	28	THV (Schulhausmeister*innen)
Summe	**18**	**9**	**12**	**9**	**7**	**55**	

Die Verbeamtung kann unter bestimmten Voraussetzungen ein Instrument zur Mitarbeiter*innenbindung und Fachkräftesicherung darstellen. Ein Automatismus zur langfristigen Bindung an die Landeshauptstadt München ergibt sich daraus jedoch nicht, da Beamt*innen grundsätzlich die Möglichkeit haben, durch Versetzung zu anderen Dienstherren zu wechseln. Zudem stehen den möglichen Bindungseffekten erhebliche finanzielle, rechtliche und organisatorische Herausforderungen gegenüber – etwa höhere Versorgungsausgaben, eingeschränkte Flexibilität bei Arbeitszeitmodellen und langfristige Beihilfeverpflichtungen.
Mit dem Wegfall der Anlage 1 zu Art. 39 des Leistungslaufbahngesetzes (LlbG) – dem bayerischen Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Laufbahnen im öffentlichen Dienst – zum 1.7.2024 wurden die rechtlichen Zugangsmöglichkeiten zur Verbeamtung formal erweitert.
Bislang legte die Anlage 1 verbindlich fest, welche Studiengänge als fachlich geeignet für bestimmte Fachlaufbahnen anerkannt wurden.
Mit ihrem Wegfall liegt die Verantwortung nun bei den Einstellungsbehörden, im Einzelfall zu prüfen, ob ein individuell absolvierter Studiengang den laufbahnrechtlichen Anforderungen genügt. Diese Neuregelung bringt zwar mehr Flexibilität, ist jedoch mit einem deutlich erhöhten Prüfaufwand und rechtlicher Unsicherheit verbunden – insbesondere, da bislang keine einheitlichen Auslegungs- oder Anwendungshinweise durch den Landespersonalausschuss oder das zuständige Staatsministerium vorliegen.
Besonders relevant sind diese Änderungen für interdisziplinäre Studiengänge wie „Public Management“ (PuMa), deren laufbahnrechtliche Zuordnung bislang nicht abschließend geregelt ist. In der Praxis zeigt sich bei Absolvent*innen solcher Studiengänge ein zunehmender Beratungs- und Klärungsbedarf – insbesondere bei tarifbeschäftigten Mitarbeitenden, die eine Verbeamtung im Verwaltungsdienst anstreben, aber keine klassische verwaltungswissenschaftliche Ausbildung nachweisen können.
In der Branddirektion wurden beispielsweise in den vergangenen Jahren zwei entsprechende Verbeamtungsanträge gestellt; die laufbahnrechtliche

Eignung wurde dabei jeweils im Einzelfall durch das zuständige Personalreferat geprüft.
Eine zentrale statistische Auswertung liegt derzeit nicht vor – nach Einschätzung der zuständigen Stellen ist jedoch von einer steigenden Zahl an Anfragen aus diesem Bereich auszugehen.
Für die Landeshauptstadt München ergibt sich daraus strategischer Klärungsbedarf. Insbesondere ist zu prüfen, ob und wie die erweiterten Verbeamtungsmöglichkeiten künftig genutzt werden können, ohne bewährte Qualifikationswege zu unterlaufen oder qualitative Standards abzusenken. Dabei ist auch die universelle Einsetzbarkeit der Beschäftigten ein zentrales Kriterium – bei sehr spezialisierten Studiengängen kann dies einer Verbeamtung entgegenstehen.

Die Landeshauptstadt München steht dem Wunsch nach Verbeamtung offen gegenüber, sofern gesetzliche und fachliche Voraussetzungen erfüllt sind und ein dienstliches Erfordernis besteht. Der Prozess ist individuell, ressourcenintensiv und mit einer Vielzahl rechtlicher, wirtschaftlicher und strategischer Aspekte verbunden. Eine pauschale Ausweitung der Verbeamtung zur Mitarbeiterbindung erscheint derzeit weder zielführend noch wirtschaftlich darstellbar.

Nutzung von illegalen Substanzen bei suchterkrankten Menschen in München
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion) vom 28.2.2025

Antwort Gesundheitsreferentin Beatrix Zurek:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:
Im Zuge der aktuellen Entwicklungen in der Suchtprävention möchten Sie Informationen über die Nutzung illegaler Substanzen von Menschen mit Suchterkrankungen in München. Das Konsumverhalten und die illegalen Substanzen, die genutzt werden, ändern sich ständig. Das ist sowohl für Fachkräfte in der Suchtberatung als auch für politische Entscheidungsträger von großer Bedeutung. Nur mit einem klaren Verständnis der aktuellen Lage können passende Maßnahmen zur Prävention, Behandlung und Unterstützung der Betroffenen entwickelt werden. Vor allem im Hinblick auf die gesellschaftlichen Veränderungen und die steigende Verbreitung neuer illegaler Substanzen ist es wichtig, gut informiert zu sein. So kann sichergestellt werden, dass die Hilfsangebote in München den echten Bedürfnissen der Menschen gerecht werden und schnell auf neue Trends reagiert wird.

Herr Oberbürgermeister Reiter hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet.

Zunächst bedanke ich mich für die gewährte Fristverlängerung.
Die einzelnen Punkte Ihrer Anfrage kann ich wie folgt beantworten:

Frage 1:
Welche illegalen Substanzen werden aktuell von Menschen mit Suchterkrankungen in München genutzt?

Antwort:
Für München liegen keine spezifischen Untersuchungen über die von suchtkranken Menschen konsumierten Substanzen vor. Um eine Einschätzung über die Verbreitung einzelner illegaler Suchtmittel zu erhalten, kann auf bundesweite Untersuchungen und auf Daten der Einrichtungen der Suchthilfe in München zurückgegriffen werden.

Die Deutsche Suchthilfestatistik (DSHS) erfasst und dokumentiert die Inanspruchnahme der Suchthilfe in Deutschland. Sie beinhaltet neben Informa-

tionen über die Anzahl der Klient*innen und deren demografischen Merkmalen auch die Art der behandelten Suchterkrankungen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die in der DSHS abgebildeten Daten nicht grundlegend von den Verhältnissen in München unterscheiden.

Im Jahr 2023 war laut DSHS unter den Klient*innen, die ambulante Einrichtungen der Suchthilfe aufgrund einer Abhängigkeit von illegalen Suchtmittel aufsuchten, Opioidabhängigkeit die häufigste Diagnose. Unter Opioiden werden in der DSHS neben Heroin auch Substitutionsmittel erfasst. Zu etwa gleichen Anteilen wurde eine Abhängigkeit von Stimulanzien (Amphetamine, Methamphetamine) und Kokain festgestellt. Weitere illegale Substanzen wie Crack, NPS, Ketamin, MDMA u.a. werden in der DSHS als „andere psychotrope Substanzen" erfasst. Ihr Anteilswert entspricht zusammengenommen in etwa dem von Stimulanzien und Kokain.

Der Bezirk Oberbayern erfasst die Nutzungsdaten der Suchtberatungsstellen in München. Auch hier ist bei den illegalen Suchtmitteln eine Opioidabhängigkeit (inkl. Substitutionsmittel) der häufigste Grund für das Aufsuchen einer Beratungsstelle. Es folgen Stimulanzien und Kokain. Wie in der Auswertung der DSHS werden auch hier die meisten weiteren illegalen Substanzen als „andere psychotrope Substanzen" zusammengefasst, die in ihrem Umfang in etwa dem von Stimulanzien und Kokain entspricht.

In München führt der Drogennotdienst L43 seit 2019 eine jährliche Konsummusterbefragung bei den Besucher*innen der Einrichtung durch. Der Drogennotdienst L43 umfasst einen Kontaktladen, eine Notschlafstelle sowie eine 24-Stunden-Beratung und wird aufgrund der konzeptionellen Ausrichtung und der Lage im Bahnhofsviertel vorrangig von Menschen mit einer langjährigen Suchterkrankung und weiteren multiplen Problemlagen aufgesucht. Deren Konsumverhalten unterscheidet sich daher in Teilen von den anderen suchtkranken Menschen. Die Befragung liefert aber wichtige Hinweise auf den Substanzkonsum einer besonders belasteten Bevölkerungsgruppe.

Die illegalen Substanzen, die von den Befragten am häufigsten angegeben wurden, waren Kokain, Heroin und Crack. In geringerem Umfang wurden neue psychoaktive Substanzen (NPS) wie die sog. Badesalze (synthetische, hauptsächlich amphetaminartige Substanzen), Amphetamine und synthetische Cannabinoide genannt. Neben den illegalen Substanzen werden häufig zusätzlich Alkohol, Cannabis und Medikamente wie Pregabalin und Benzodiazepine konsumiert.

Frage 2:
Wie hat sich der Konsum der illegalen Substanzen in den vergangenen 10 Jahren verändert? Bitte in einer Grafik die Veränderung des Konsums der einzelnen illegalen Substanzen darstellen!

Antwort:

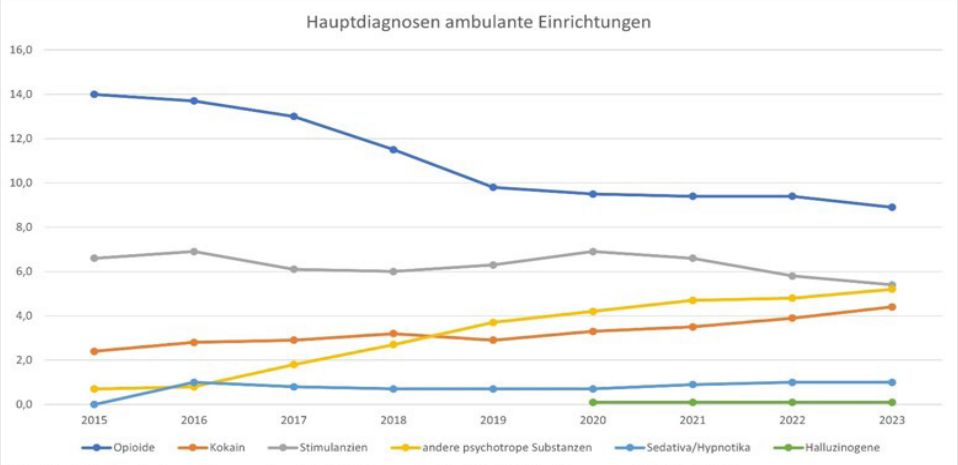


Tabelle 1: Ergebnisse Deutsche Suchthilfestatistik (DSHS) in Prozent 2015-2023

Anhand der Daten der DSHS zur Diagnosehäufigkeit in den ambulanten Einrichtungen zeigt sich über die letzten neun Jahre ein Rückgang bei der Opioidabhängigkeit bei einem gleichzeitigen Anstieg von Kokainkonsum. Ebenfalls ist eine Zunahme für die Gruppe der anderen psychotropen Substanzen zu erkennen. Es ist davon auszugehen, dass es sich dabei nicht um neue Diagnosen handelt, sondern dass sich die Konsumgewohnheiten innerhalb der Gruppe der suchtkranken Menschen verändert haben. Der Konsum von Stimulanzien blieb weitgehend unverändert.

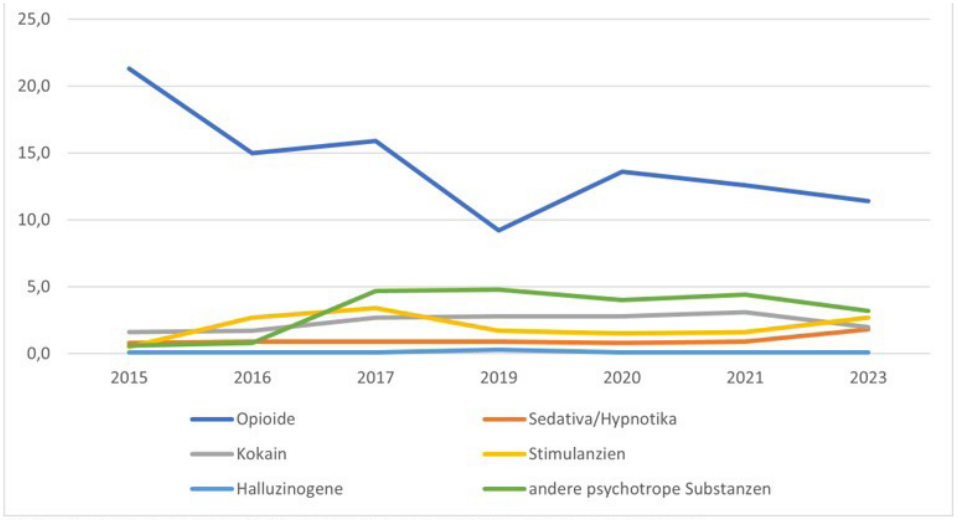
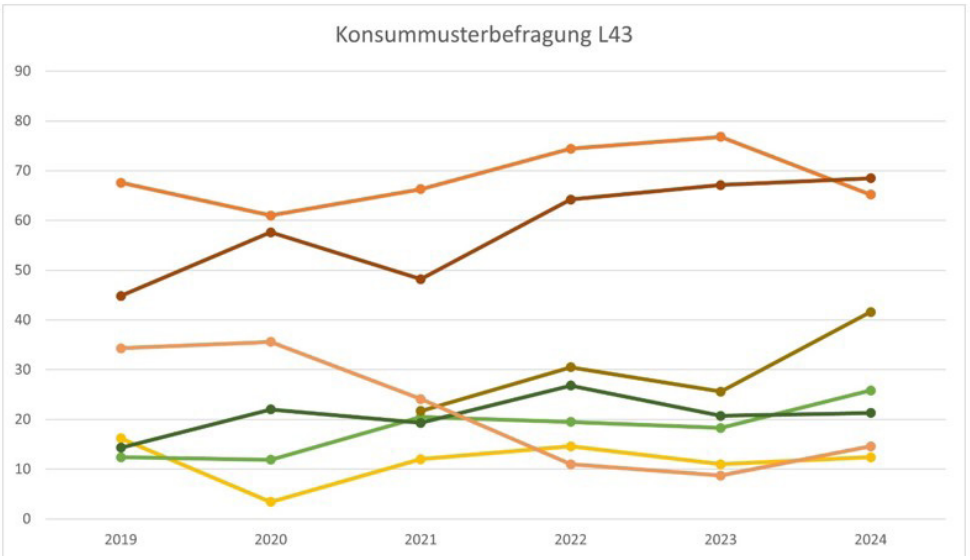


Tabelle 2: Ergebnisse Auswertung Bezirk Oberbayern in Prozent 2015-2023

Auch die Auswertung des Bezirks Oberbayern zeigt einen deutlichen Rückgang bei der Opioidabhängigkeit. Der Anteil der anderen Substanzen bleib weitgehend unverändert. Der Anstieg bei den „anderen psychotropen Substanzen" im Jahr 2017 ist auf eine Veränderung bei der Erfassung zurückzuführen.



Die Konsummusterbefragung des Drogennotdienst L43 von Prop e.V. zeigt seit Beginn der Befragung im Jahr 2019 einen Rückgang im Heroinkonsum, während der Konsum von Kokain und Crack zunimmt. Ebenfalls steigt der Konsum von NPS (hier: „Badesalze"). Die Konsummusterbefragung deckt sich somit weitgehend mit den Daten der DSHS.

Frage 3:
Welche Veränderungen konnten in den Corona-Jahren (2020-2022) beobachtet werden?

Antwort:
Nach Angaben der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) wurden durch die Pandemie einige Aspekte des Drogenhandels gestört, die illegalen Märkte zeigten sich aber widerstandsfähig. So blieb der Drogenschmuggel über den Seeweg weitgehend unbeeinträchtigt. Durch Lockdowns und „Social Distancing" waren die Lieferketten zu den Endverbraucher*innen zunächst unterbrochen. Um dies zu umgehen, wurden neue, kreative Übergabemöglichkeiten entwickelt und der Vertrieb über Internet und Postweg verstärkt.
Die Konsummusterbefragung des Drogennotdienst L43 zeigt, dass der Konsum von Kokain, Stimulanzien und synthetische Cannabinoiden unverändert blieb, während die meisten anderen Substanzen einen leichten Rückgang im ersten Coronajahr (2020) verzeichnen. Bereits in der Befragung 2021 war dieser Rückgang jedoch nicht mehr zu beobachten.

Die Einrichtungen der Suchthilfe in München beobachteten zu Beginn der Pandemie bei opioidabhängigen Menschen eine verstärkte Nachfrage nach Substitutionsbehandlung aus Angst vor Versorgungsengpässen, die aber nicht in dem angenommenen Umfang eintraten.

Insgesamt waren Menschen mit einer Abhängigkeit von illegalen Substanzen durch die Maßnahmen im Zuge der Coronapandemie stark beeinträchtigt. Aufgrund von Schwierigkeiten sich mit Hygieneartikeln wie Schutzmasken auszustatten oder einen Impftermin zu vereinbaren, erhöhte sich das Risiko einer Covid-19-Infektion. Soziale Kontakte, die oft ausschließlich an Treffpunkten suchtkranker Menschen im öffentlichen Raum oder in Einrichtungen der Suchthilfe stattfinden, konnten nicht aufrechterhalten werden.

Frage 4:
Welche illegalen Substanzen sind in den letzten drei Jahren vermehrt auf dem Markt aufgetaucht, und wie weit sind diese inzwischen verbreitet?

Antwort:
Einrichtung der Suchthilfe in München berichten übereinstimmend, dass Kokain und das aus Kokain hergestellte Crack in den letzten drei Jahren vermehrt angeboten und konsumiert werden. In einer Teilgruppe der suchtkranken Menschen in München scheint Heroin von Kokain als am häufigs-

ten konsumierte illegale Substanz abgelöst zu werden. NPS werden ebenfalls wieder vermehrt konsumiert.

Anders als in anderen westdeutschen Großstädten ist der Konsum von Crack in München weniger stark verbreitet. Die hohe Verfügbarkeit von Kokain in den vergangenen Jahren und der damit verbundene niedrige Schwarzmarktpreis scheinen dabei eine wesentliche Rolle zu spielen.

Frage 5:
Gibt es neue Entwicklungen im Konsumverhalten von Suchtkranken, die in den letzten Jahren beobachtet wurden (z.B. neue illegale Substanzen oder veränderte Konsummuster)?

Antwort:
Der vermehrte Konsum von Crack in München führt zu einem Anstieg der Ausgabe von Crackpfeifen als Safer-Use Utensilien durch die Kontaktläden. Einrichtungen der Suchthilfe berichten, dass in diesen Crackpfeifen auch vermehrt NPS konsumiert werden und der intravenöse Konsum dieser Substanzen rückläufig ist, der in der Vergangenheit zu schwerwiegenden Gesundheitsschäden geführt hat.

Der gestiegene Crackkonsum führt auch zu einem häufigeren offenen Konsum auf den Straßen, in Hinterhöfen oder hinter geparkten Autos. Die unmittelbar eintretende und sehr kurze Wirkung von Crack und das darauffolgende starke Verlangen nach erneutem Konsum veranlasst Crackkonsumierende sofort weiter zu konsumieren, ohne sich dazu erst an einen uneinsehbaren Ort zurückzuziehen. Zudem ermöglicht das Rauchen einen schnellen und vergleichsweise unauffälligen Konsum ohne Vorbereitungszeit, wie es bei Injektion oder Schnupfen erforderlich wäre.

Zugleich führt der Anstieg des Konsums von Kokain zu einer höheren Nachfrage nach Spritzenutensilien für den intravenösen Kokainkonsum. Die im Vergleich zu Heroin kürzere Wirkungsdauer von Kokain hat einen häufigeren Konsum zur Folge. Um Infektionen durch intravenösen Drogenkonsum zu vermeiden, wird Kokainkonsumierenden empfohlen, für jeden Konsumvorgang eine neue Spritze zu verwenden. Das erhöht die Ausgabe von sterilen Injektionsmaterialien durch die Suchthilfe.

Frage 6:
Welche Maßnahmen werden ergriffen, um den veränderten Gebrauch illegaler Substanzen zu überwachen und Menschen mit Suchterkrankungen besser zu unterstützen?

Antwort:
Um Veränderungen beim Konsum illegaler Suchtmittel zu erfassen und Hilfen für Suchterkrankte anzupassen, tauschen sich das Gesundheitsreferat und die Einrichtungen der Suchthilfe regelmäßig in Fachgesprächen und Gremien wie dem Arbeitskreis Sucht sowie weiteren Facharbeitskreisen der Suchthilfe aus.

Das Gesundheitsreferat prüft derzeit die Entwicklung eines Frühwarnsystems für neue Entwicklungen beim Konsum von Suchtmitteln in München, angelehnt an das bundesweite Pilotprojekt „Nationales Early Warning System" des Instituts für Therapieforschung. Dabei sollen in Kooperation mit den Einrichtungen der Suchthilfe, der Polizei sowie Kooperationspartner*innen aus Wissenschaft und Forschung Daten erhoben und ausgewertet werden, um Veränderungen beim Substanzkonsum frühzeitig zu erfassen und diese Informationen der Münchner Suchthilfe zur Verfügung zu stellen.

Zudem entwickelt eine Arbeitsgruppe des Arbeitskreises Jugend und Sucht unter Federführung des Gesundheitsreferats ein Verfahren zum Monitoring suchtgefährdeter Jugendlicher in den Einrichtungen der Suchthilfe und der Jugendhilfe, um Veränderungen innerhalb dieser Zielgruppe schnell zu erkennen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Dienstag, 17. Juni 2025

Wieder mehr Zuverlässigkeit in der Briefpostzustellung für München erreichen
Antrag Stadtrat Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Straßen nicht mehr nach Personen benennen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Werden Wohnungslose von Grün-Rot vernachlässigt?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

Flächensicherung für Flexi-Heime
Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

Stadtrat

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Anträge und Anfragen liegt bei den jeweiligen Stadtratsmitgliedern. Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

CSU-FW-Fraktion im Stadtrat | Tel.: 089 233 92650 | Fax: 089 233 92747 | csu-fw-fraktion@muenchen.de

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

17.06.2025

Wieder mehr Zuverlässigkeit in der Briefpostzustellung für München erreichen

Die Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München wird aufgefordert, auf die Deutsche Post AG zuzugehen, mit dem Ziel, eine Verbesserung in der Postzustellung zu erreichen und die Verlässlichkeit und Zustellhäufigkeit zu erhöhen.

Begründung

Es häufen sich immer mehr Beschwerden, dass Briefe und Postsendungen teilweise 4 Werktage oder über eine ganze Woche unterwegs sind, nicht nur aus dem Bundesgebiet nach München, auch der Versand in derselben Stadt dauert immer länger.

Das bedeutet gerade für Fristsachen und eilige Mitteilungen, eine immer größer werdende Unsicherheit und Unzufriedenheit unter den Kunden des Monopolinhabers in der Briefzustellung. Denn nicht alles lässt sich auf dem elektronischen Wege erledigen.

Daher sind alle Maßnahmen durch den Oberbürgermeister einzufordern, welche den Service zuverlässiger und die Laufzeiten verkürzt werden lassen.
Wenn die Landeshauptstadt München hier unterstützen kann, so sind auch hier alle Maßnahmen zu ergreifen.

Manuel Pretzl
Fraktionsvorsitzender

Ökologisch-Demokratische Partei
München-Liste

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 17.06.2025

Antrag: Straßen nicht mehr nach Personen benennen

Straßen, Wege und Plätze sollen in München nicht mehr nach Personen benannt werden, sondern nur noch nach – für möglichst viele Menschen einfach les- und merkbaren – Objekten wie zum Beispiel gängigen Tier- und Pflanzenarten oder dort befindlichen bekannten Einrichtungen wie Kliniken, Schulen, Parks oder Kulturstätten.

Begründung:

Allzu oft stellt sich im Nachhinein heraus, dass Personen, nach denen Straßen, Wege und Plätze benannt sind, doch nicht dafür geeignet sind, dass ihnen diese Ehre zuteil wird. Dann muss über eine Umbenennung nachgedacht werden.

Über Umbenennungen gibt es dann oft Uneinigkeit in Politik und Öffentlichkeit, und außerdem ist eine Umbenennung für die betroffenen Anwohner mit Aufwand, Kosten und nervenzehrender Unsicherheit verbunden. Das ließe sich leicht vermeiden.

Ein Vorteil einer neutralen Namensgebung wäre auch, dass mit sehr einfachen Begriffen gearbeitet werden kann, die für möglichst viele Menschen verständlich, gut lesbar und gut merkbar sind.

Initiative:
Dirk Höpner, Stadtrat, Planungspolitischer Sprecher
Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, Stadträtin
Nicola Holtmann, Stadträtin

Fraktion Ökologisch-Demokratische Partei/München-Liste des Stadtrates der Landeshauptstadt München (Fraktion ÖDP/München-Liste)
Rathaus, Marienplatz 8 ● Zimmer 116 -118 ● 80331 München
Telefon: 089 / 233 - 26922 ● oedp-ml-fraktion@muenchen.de

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

Die Linke
Die PARTEI
Stadtratsfraktion München

München, 17. Juni 2025

Anfrage

Werden Wohnungslose von Grün-Rot vernachlässigt?

Im ersten Beschluss zu Flexi-Heimen (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 /V 02858) von 2015 ist festgelegt, dass es bis 2025 bis zu 5.000 neue Flexi-Heim Plätze geben soll, um der steigenden Obdachlosigkeit entgegenzuwirken. In den knapp zehn Jahren seit diesem Beschluss sehen die Ergebnisse allerdings sehr ernüchternd aus. Die Zahl der Obdachlosen ist seither sogar gestiegen. Das ist ein Armutszeugnis für die reichste Stadt Deutschlands.

Wie die Anfrage Nr. 20-26 / F 01094 der Fraktion vom 14.01.2025 ergeben hat, gab es im Jahr 2024 11.271 Wohnungslose Personen in München. Zählt man Personen im Übernachtungsschutz, ambulante Wohnformen und anerkannte Geflüchtete hinzu, dürfte diese Zahl noch deutlich größer sein. Zudem hat die Stadtratsmehrheit im Mai beschlossen, die Mittel für die Flexi-Heime um 9 Millionen Euro zu kürzen. Das Projekt wird offensichtlich der Anfangseuphorie bei weitem nicht gerecht und nicht einmal die geplanten 5.000 Plätze scheinen rechtzeitig fertig zu werden.

Wir bitten daher den Oberbürgermeister, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Flexi-Heim Plätze wurden seit dem ersten Beschluss zu Flexi-Heimen von 2015 realisiert? Bitte jährlich aufschlüsseln!

2. Wie viele Plätze sind aktuell noch in Planung, bzw. in den Bebauungsplänen vorgesehen?

3. Wie viele Plätze befinden sich in Planung in den großen Baugebieten, wie zum Beispiel der ehemaligen Bayernkaserne, 5. BA Riem, Lerchenauer Feld?

4. Bis wann ist geplant, die 5.000 Plätze fertigzustellen?

5. Wie hoch schätzt das Sozialreferat den momentanen Bedarf von Flexi-Heim-Plätzen ein?

6. Ist das Flexi-Heim Projekt aufgrund der aktuellen Haushaltslage gefährdet?

Stadtratsfraktion
Die Linke / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München

Initiative:
Stadtrat Stefan Jagel

Gezeichnet:
Stadträtin Marie Burneleit
Stadträtin Brigitte Wolf
Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion
Die Linke / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

Die Linke
Die PARTEI
Stadtratsfraktion München

München, 17. Juni 2025

Antrag

Flächensicherung für Flexi-Heime

Die Verwaltung wird beauftragt mehr Flächen für Flexi-Heime zu sichern, damit die Zielzahlen erreicht werden. Dies ist dem Stadtrat in einem entsprechenden Konzept darzulegen.

Begründung

In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten – insbesondere im Rahmen der sogenannten Flexi-Heime – erheblich erhöht. Die ursprünglich geplante Anzahl an Plätzen reicht längst nicht mehr aus, um den aktuellen Bedarf zu decken. Es zeigt sich deutlich, dass weit mehr Plätze benötigt werden als damals prognostiziert.

Parallel dazu ist in München ein kontinuierlicher Anstieg von Obdach- und Wohnungslosigkeit zu beobachten. Die angespannte Wohnraumsituation, steigende Mieten sowie der zunehmende Wegfall von bezahlbarem Wohnraum verschärfen die Lage zusätzlich. Die Stadt steht damit vor einer wachsenden sozialen Herausforderung – die soziale Frage stellt sich in München heute dringlicher denn je. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, Maßnahmen zur Flächensicherung für Unterkünfte und die soziale Infrastruktur zu beschleunigen.

Hierzu zählt insbesondere eine effizientere Koordination zwischen den beteiligten städtischen Stellen, eine stärkere politische Priorisierung des Themas sowie die Prüfung von Zwischennutzungen und dauerhaften Flächenreserven im städtischen Besitz. Nur durch eine strategische und vorausschauende Flächenpolitik kann München dieser sozialen Entwicklung wirkungsvoll begegnen.

Initiative:
Stadtrat Stefan Jagel

Gezeichnet:
Stadträtin Marie Burneleit
Stadträtin Brigitte Wolf
Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion
Die Linke / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Dienstag, 17. Juni 2025

Fronleichnam: Umleitungen und Linienkürzungen am Donnerstag
Pressemitteilung MVG

Mehr Tram für München: Vorbereitungen für Bau der Tram Münchner Norden beginnen
Pressemitteilung MVG

Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Pressemitteilungen liegt jeweils bei der Beteiligungsgesellschaft, die sie herausgibt.

MVG Information für die Medien

17.06.2024

Fronleichnam: Umleitungen und Linienkürzungen am Donnerstag

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Ansprechpartner
Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: presse@mvg.de
www.mvg.de

Wegen der Fronleichnamsprozession muss die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) mehrere Buslinien im Bereich Ludwigstraße / Odeonsplatz umleiten bzw. verkürzen.
Die Änderungen gelten am Donnerstag, 19. Juli von ca. 5 Uhr bis vsl. 15 Uhr.

- Die **Buslinien 58 und 68** werden zwischen Giselastraße und Pinakotheken umgeleitet, die Haltestellen Georgenstraße, Siegestor, Universität, Amalienstraße, Maxvorstadt/Sammlung Brandhorst, Von-der-Tann-Straße und Oskar-von-Miller-Ring entfallen. In Fahrtrichtung Ostbahnhof ist die Haltestelle Pinakotheken zur Haltestelle der Tram 27 Richtung Petuelring / 28 Richtung Scheidplatz (Einmündung Barer Straße / Theresienstraße) verlegt.

- Die **Buslinie 100** wird im Zeitraum von ca. 8 bis 11:30 Uhr durch den Altstadtringtunnel umgeleitet, die Haltestellen Königinstraße, Oskar-von-Miller-Ring (jeweils in Richtung Ostbahnhof), die Haltestelle Amalienstraße (in Richtung Hauptbahnhof) sowie die Haltestellen Von-der-Tann-Straße und Odeonsplatz, in beiden Fahrtrichtungen, entfallen.

- Die **Buslinie 153** fährt auf dem verkürzten Linienweg Nordbad - Josephsplatz – Schellingstraße; die Haltestellen Türkenstraße, Universität, Von-der-Tann-Straße und Odeonsplatz (jeweils in

beiden Fahrtrichtungen) entfallen.
Die Haltestelle Schellingstraße ist in Richtung Josephsplatz zur Haltestelle der Tram 27, 28, jeweils in Richtung Sendlinger Tor, in der Barer Straße, verlegt.

- Die **Buslinie 154** wird zwischen Giselastraße und Schellingstraße umgeleitet, die Haltestellen Georgenstraße, Siegestor, Universität und Türkenstraße entfallen daher in beiden Fahrtrichtungen.
  Die Haltestelle Schellingstraße ist in Richtung Josephsplatz - Nordbad zur Haltestelle der Tram 27, 28, jeweils in Richtung Sendlinger Tor, in der Barer Straße, verlegt.

Bei Schlechtwetter findet die Fronleichnamsprozession nicht statt, die Buslinien fahren dann auf ihren regulären Linienwegen.

Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) informiert ihre Fahrgäste unter anderem mit Aushängen und Tickertexten an den Haltestellen über die Änderungen. Infos zum Betrieb und Verbindungsauskünfte gibt es auf mvg.de sowie in der App MVGO.

MVG Information für die Medien

17.06.2025

Mehr Tram für München: Vorbereitungen für Bau der Tram Münchner Norden beginnen

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Ansprechpartner
Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: presse@mvg.de
www.mvg.de

Die Stadtwerke München (SWM) und die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) treiben im Auftrag der Landeshauptstadt den Ausbau des Tramnetzes voran. Die ersten Vorbereitungen für den Bau der Tram Münchner Norden von Schwabing Nord nach Kieferngarten und Am Hart laufen. Bevor die Gleis- und Straßenbauarbeiten beginnen, werden unter anderem mobile Lichtsignalanlagen und eine provisorische Straßenbeleuchtung aufgestellt sowie im Baufeld befindliche Versorgungsleitungen verlegt.

Die Tram Münchner Norden ist eine etwa 5,7 Kilometer lange Neubaustrecke, die in den Stadtbezirken Schwabing-Freimann und Milbertshofen-Am Hart verläuft. Das Projekt ist ein zentraler Baustein des Münchner Nahverkehrsplans und die maßgebliche verkehrliche Erschließung des neuen Stadtquartiers Neufreimann.

Projektleiter Alaeddin Suleiman (l.) mit seinem Projektteam bei der Einrichtung der mobilen Ampelanlagen.

Mit zwölf neuen Haltestellen umfasst sie die Verlängerung der bestehenden Linie 23 von Schwabing Nord durch Neufreimann zum Kieferngarten sowie die neue Linie 24 zwischen

MVG Information für die Medien

Kieferngarten und Am Hart. Die neuen Verbindungen stellen Anschlüsse zu mehreren Buslinien sowie den U-Bahnlinien U2 und U6 her und verknüpfen die Viertel Parkstadt Schwabing/Domagkpark, Milbertshofen/Am Hart und Fröttmaning/Garching.

Alaeddin Suleiman (l.) und Hanna Kretz von der Projektleitung der Neubaustrecke Tram Münchner Norden.

Die Vorteile der Tram Münchner Norden auf einen Blick

- Die Fahrgäste im Münchner Norden kommen schneller, verlässlicher, pünktlicher und komfortabler an ihr Ziel.
- Das schnell wachsende, junge Stadtviertel Neufreimann bekommt einen leistungsfähigen Nahverkehr vor die Haustür. Etwa 5.500 Wohnungen entstehen dort für bis zu 15.000 Menschen. Schulen, Kindertagesstätten und soziale Einrichtungen sind in Planung.
- Als nachhaltige Alternative zum Auto sorgt die Tram für bessere Luft, einen schnelleren Verkehrsfluss und mehr Ruhe auf den Straßen. 400.000 PKW-Fahrten pro Jahr weniger sind mit den neuen Tram-Verbindungen zu erwarten.

- Neue Geh- und Radwegverbindungen entstehen von Neufreimann nach Schwabing und in die Innenstadt.
- Eine Tram transportiert mehr Fahrgäste als Auto oder Bus und benötigt dabei weniger Platz. Die Prognose geht von bis zu 12.000 Fahrgästen täglich aus.
- Durch den Einsatz von Rasengleis und bepflanzten Haltestellen wird die Umgebung grüner.
- Die Querverbindung zwischen U2 und U6 entlastet die U-Bahn.

Zeitplan für anstehende Bauarbeiten

Seit Oktober 2024 liegt mit dem Planfeststellungsbeschluss die Baugenehmigung für den ersten Bauabschnitt von Schwabing Nord bis Kieferngarten vor. Im Dezember 2024 hat der Stadtrat im Rahmen des Konsolidierungsbeschlusses die Finanzierung für das Neubauprojekt sichergestellt.

Ende Juli werden dann Versorgungsleitungen im Bereich der Heidemannstraße verlegt. Ab Mitte August ist der Rückbau der P+R-Anlage Kieferngarten geplant.

Die SWM rechnen mit einer Bauzeit von voraussichtlich 4,5 Jahren. Die Inbetriebnahme der beiden Abschnitte von Schwabing Nord zum Kieferngarten beziehungsweise zwischen Kieferngarten und Am Hart ist damit ab Ende 2029 möglich. Maßgeblich dafür ist der Bau der Brücke über den DB-Nordring. Der Beginn der Brückenbauarbeiten ist nach aktuellem Stand für Anfang 2026 geplant.

Alle Informationen rund um die Tram Münchner Norden gibt es auf der laufend aktualisierten Sonderseite mvg.de/tmn.